

Sicherungsverfilmung

Landesarchiv Berlin

Preußische Akademie der Künste

Band:

I /

133

- Anfang -

Akademie der Künste, Archiv
Preussische Akademie der Künste

I / 133

Bl. 8

Der Senator für Finanzen
Fin III - VO III/3 -
S 1146 Bl. 144

Berlin W 15, den 4. April 1952
Kurfürstendamm 193/194
Fernruf: 91 02 11 App. 250
Zimmer: 271

Nr. 150/52

Rundverfügung Nr. 150/52
(Nicht zu veröffentlichen)

An alle Senatsverwaltungen,
die Bezirksämter,
die Eigenbetriebe und Gebührenanstalten Berlins
die städtischen Gesellschaften,
die Finanzämter,
das Verwaltungsamt für ehem. Reichsgrundbesitz. } 650 Stück
je 20 Stück

Betr.: Termingemäße Zahlung der Steuern von Verwaltungsdienststellen, Eigenbetrieben und Gebührenanstalten Berlins usw.

Bezug: a) Verfügung des früheren Hauptsteueramts vom 28.8.1942
- H Steu III a 9730/01 - veröffentlicht im Dienstblatt
von 1942 Teil IX Nr. 206 - und Teil II Nr. 61/42 S. 59,
b) Rdvfg. Nr. 55/52 des Landesfinanzamts vom 4.2.1952 -
LFA - VO III 3 - S 1230 Bl. 75 -

Nach der vorbezeichneten Dienstblattverfügung vom 28.8.1942 war zur Geschäftsvereinfachung die Zahlung der Grundstücksabgaben und der Gewerbesteuer der städtischen Dienststellen, Eigenbetriebe und Gebührenanstalten für die Dauer des Krieges in einem Jahresbetrage zugelassen und als Jahresszahlungstermin der 25. September festgesetzt worden. Diese für die Kriegszeit erlassene Verfügung hat ihre Gültigkeit verloren und wird hiermit aufgehoben. Es sind deshalb - soweit nicht bereits geschehen - vom Beginn des Rechnungsjahres 1952 an sämtliche Steuern und Abgaben bis zu den gesetzlich festgesetzten Fälligkeitsterminen an die zuständigen Finanzkassen abzuführen.

Die Finanzämter haben mir berichtet, dass viele Verwaltungsdienststellen usw. in den letzten Jahren mit ihren Steuerzahlungen erheblich in Verzug geraten sind und erst nach mehrmaliger Aufforderung Zahlung geleistet oder die erforderlichen Anträge, z.B. bei der Grundsteuer auf Wertfortschreibung usw., gestellt haben. Eine solche nachlässige Behandlung der Steuerangelegenheiten kann nicht geduldet werden. Die Finanzämter sind daher angewiesen, mir künftig bei Zahlungsverzug gemäß § 35 Abs. 2 BeitrO. sofort zu berichten, damit ich bei dem zuständigen Senator vorstellig werden kann.

Ich bitte deshalb alle in Frage kommenden städtischen Stellen, für die pünktliche Überweisung der fälligen Steuern und Abgaben zu sorgen.

In Vertretung
Weltzien

FA

4.11

Handwritten signature and date:
14. April 1952

Magistret von Gross-Berlin
Finanzabteilung

LFA - St II 2
S 1291 - 8/50

An alle Hauptfinanz- und Finanzämter
von West-Berlin
(ausser Finanzamt für Liegenschaften)
- je 30 Abdrucke -

Berlin W 15, den 31. August 1950
Kurfürstendamm 193/194
Tel. 91 02 11, App. 273
Zimmer 278

Akademie der Künste Berlin

Nr. 0574 * 23. SEP. 1950

Ant

Rundverfügung Nr. 346/50

Verkäufliche Rundverfügung Nr. 62/50

Betrifft: Durchführung

- I. der §§ 10 Abs. 1 Ziff. 2e, Abs. 2 Ziff. 3a und c EStG und 29 EStDV über die Abzugsfähigkeit von Ausgaben zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger, kirchlicher, religiöser und wissenschaftlicher Zwecke;
- II. der §§ 10 Abs. 2 Ziff. 3b EStG und 33 EStDV über die Abzugsfähigkeit von Zuwendungen zur Förderung besonders anerkannter wissenschaftlicher Einrichtungen und zur Förderung besonders anerkannter mildtätiger Einrichtungen

A. Allgemeines

Das EStG unterscheidet zwischen:

Ausgaben zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger, kirchlicher religiöser und wissenschaftlicher Zwecke nach § 10 Abs. 1 Ziffer 2e EStG, die als steuerbegünstigt anerkannt worden sind,

und

Ausgaben zur Förderung besonders anerkannter wissenschaftlicher Einrichtungen und besonders anerkannter mildtätiger Einrichtungen im Sinne des § 10 Abs. 2 Ziff. 3b EStG.

Die Ausgaben zu § 10 Abs. 1 Ziff. 2e sind zusammen mit den im Abs. 1 Ziffer 2 zu Buchstabe a - d genannten Ausgaben nach Abs. 2 Ziff. 3a bis zu einem Jahresbetrag von 800,--DM in voller Höhe abzugsfähig. Dieser Betrag erhöht sich um je 400,--DM im Jahr für die Ehefrau und für jedes Kind im Sinn des § 32 Abs. 4 Ziff. 4, für das dem Steuerpflichtigen Kinderermässigung zusteht oder gewährt wird.

FA.....

St22

Die Ausgaben nach § 10 Abs. 2 Ziffer 3b zur Förderung der besonders anerkannten wissenschaftlichen Einrichtungen und besonders anerkannten mildtätigen Einrichtungen sind hingegen bis zur Höhe von insgesamt 10 v.H. des Gesamtbetrages der Einkünfte oder 2 v.T. eines Betrages, der sich aus den im Kalenderjahr getätigten Aufwendungen für Löhne und Gehälter und dem steuerbaren Umsatz zusammensetzt, in jedem Fall auch neben den in § 10 Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe a - e genannten Beträgen voll abzugsfähig.

Hat jemand sowohl Ausgaben der im Abs. 1 Ziff. 2 Buchstabe a - e genannten Art, also u.a. auch zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger, religiöser, kirchlicher und wissenschaftlicher Zwecke, als auch Ausgaben zur Förderung besonders anerkannter wissenschaftlicher Einrichtungen und besonders anerkannter mildtätiger Einrichtungen geleistet und übersteigen diese Ausgaben zusammen die im Abs. 2 Ziffer 3a und b genannten Beträge, so gilt die Beschränkung des Abs. 2 Ziff. 3 Buchstabe c. Hiernach sind Gesamtausgaben, die die Beträge in den Buchstaben a und b des Absatzes 2 Ziff. 3 übersteigen, zur Hälfte abzugsfähig. In diesem Falle dürfen jedoch über die in den Buchst. a und b genannten Beträge hinaus vom Gesamtbetrag der Einkünfte höchstens 15 v.H. des Gesamtbetrages der Einkünfte, jedoch nicht mehr als 15.000,--DM abgezogen werden.

I. Ausgaben zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger, kirchlicher, religiöser und wissenschaftlicher Zwecke (§ 10 Abs. 1 Ziffer 2e EStG)

Bei den Ausgaben zur Förderung der vorgenannten Zwecke ist zu unterscheiden zwischen Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser und wissenschaftlicher Zwecke und Ausgaben zur Förderung anerkannter gemeinnütziger Zwecke, § 29 Abs. 2 EStDV.

1) Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser und wissenschaftlicher Zwecke sind als Sonderausgaben abzugsfähig, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Bei den Empfängern der Zuwendungen muss es sich um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder um eine Dienststelle (z.B. Universität, Forschungsinstitut) oder eine im § 4 Abs. 1 Ziff. 6 KStG bezeichnete Körperschaft,

Personenvereinigung oder Vermögensmasse handeln.

§ 29 Abs. 3 EStDV. Ob es sich um eine Körperschaft im Sinne des § 4 Abs. 1 Ziff. 6 KStG handelt, entscheidet das Hauptfinanzamt für Körperschaften.

- b) Der Empfänger der Zuwendungen muss bestätigen, dass er die zugewendeten Beträge für die von ihm verfolgten mildtätigen, kirchlichen, religiösen oder wissenschaftlichen Zwecke verwendet.

2) Ausgaben zur Förderung gemeinnütziger Zwecke sind nicht schlechthin als Sonderausgaben abzugsfähig. Sie sind, abgesehen von den Voraussetzungen gemäss a) und b), die auch hier erfüllt sein müssen, nur dann abzugsfähig, wenn sie nach B dieser Rundverfügung als besonders förderungswürdig anerkannt worden sind § 29 Abs. 2 EStDV. So sind z.B. Zuwendungen an einen wegen Gemeinnützigkeit steuerbefreiten Sportverein bei den Gebern als Sonderausgaben nicht abzugsfähig, weil nach B Ziff. 3 dieser Rundverfügung Ausgaben zur Förderung der körperlichen Ertüchtigung des Volkes zu Leibesübungen (Turnen, Spiel, Sport) als besonders förderungswürdiger gemeinnütziger Zweck nur anerkannt werden, wenn der Empfänger der Zuwendungen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine öffentliche Dienststelle ist.

3) Für die Bestätigung des Empfängers der Zuwendungen nach 1) b) dieser Rundverfügung sind folgende Muster dieser Rundverfügung beigelegt:

Muster 1

Bestätigung über Zuwendungen an Körperschaften des öffentlichen Rechts oder öffentliche Dienststellen;

Muster 2

Bestätigung über Zuwendungen an eine der im § 4 Abs. 1 Ziffer 6 KStG bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen.

Für die Feststellung nach 1) a) zweiter Satz dient das Muster 3, Bescheinigung über die Anerkennung des Empfängers als steuerbefreite Körperschaft im Sinne der §§ 17 - 19 StAnpG; s. im Einzelnen unter D. dieser Rundverfügung.

II. Ausgaben zur Förderung besonders anerkannter wissenschaftlicher Einrichtungen und besonders anerkannter mildtätiger Einrichtungen

Diese in einem höheren Maße steuerbegünstigten Ausgaben sind als Sonderausgaben bei den Gebern nur abzugsfähig, wenn die Zuwendungsempfänger in den dieser Rundverfügung beigegebenen Listen A und B (s. C dieser Rundverfügung) aufgeführt sind § 33 EStDV.

Die Ausführungen zu I. und II. gelten auch für die Lohnsteuer (§ 20 EStDV) und sinngemäss für die Körperschaftsteuer (§ 11 KStG 1949 und §§ 26 und 27 KStDV).

B. Aufstellung der allgemein als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke

Folgende gemeinnützige Zwecke werden hiermit als besonders förderungswürdig allgemein anerkannt:

1. die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere die Bekämpfung von Seuchen und seuchenähnlichen Krankheiten; dies gilt auch für Krankenanstalten im Sinne des § 11 der Gemeinnützigkeitsverordnung;
2. die Förderung der Jugendpflege und Jugendfürsorge;
3. die körperliche Ertüchtigung des Volkes durch Leibesübungen (Turnen, Spiel, Sport), wenn der Empfänger der Zuwendungen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine öffentliche Dienststelle ist;
4. die Förderung der Kunst, wenn der Empfänger der Zuwendungen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine öffentliche Dienststelle ist;
5. die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschliesslich der Studentenhilfe;
6. die Förderung der Denkmalspflege, soweit es sich nach dem Urteil der dafür zuständigen Stelle um die Erhaltung und Wiederherstellung historisch oder kulturell besonders wichtiger Baudenkmäler handelt;
7. die Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde, wenn der Empfänger der Zuwendungen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts

oder eine öffentliche Dienststelle oder eine Vereinigung von ausserhalb des Bundesgebiets und des Gebietes von Westberlin beheimatet gewesener Personen ist;

8. die Zwecke der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (Zentralausschuss für die Innere Mission der Deutschen evangelischen Kirche einschliesslich des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen Deutschlands, Deutscher Caritas-Verband e.V., Paritätischer Wohlfahrtsverband einschliesslich der Heilsarmee, Deutsches Rotes Kreuz, Verband für Arbeiterwohlfahrt, ein etwaiger jüdischer Wohlfahrtsverband mit gleicher Zweckrichtung, ihrer Unterverbände und der diesen Verbänden angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten);
9. die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, des Siedlungs- und Heimstättenwesens und der Wiederherstellung durch Kriegsereignisse oder Katastrophen zerstörten oder beschädigten Wohnraums;
10. die Förderung der Fürsorge für politisch, rassisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge, Vertriebene, Kriegsopfer, Kriegshinterbliebene, Kriegs- und Körperbeschädigte und Blinde, für Kriegsgefangene, ehem. Kriegsgefangene, die sich noch im Ausland befinden, und Heimkehrer, ferner die Förderung der Kriegsgräberfürsorge, des Suchdienstes für Vermisste und der Altersfürsorge;
11. die Förderung der Rettung aus Lebensgefahr (Errettung Ertrinkender und Schiffbrüchiger, Bergwacht und ähnl.);
12. die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.

Die von den Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts, wie z.B. der evangelischen und katholischen Kirche, der jüdischen Gemeinde in Berlin und den Freikirchen (z.B. Baptisten, Methodisten, Sieben-Tags-Adventisten, Neapostolische Gemeinde usw.) verfolgten religiösen Zwecke gehören nach § 17 Abs. 3 Ziff. 2 StAnpG. zu den gemeinnützigen Zwecken. Sie brauchen aber wegen der besonderen Regelung im § 10 Abs. 1 Ziff. 2e EStG und § 29 EStDV nicht besonders unter B dieser Rundverfügung als förderungswürdig anerkannt zu werden. Zuwendungen für diese Zwecke sind

auch ohne besondere Anerkennung steuerbegünstigt. Nicht steuerbegünstigt sind hingegen Zuwendungen an Religionsgemeinschaften, die als Körperschaften des öffentlichen Rechts nicht anerkannt und deshalb vom Hauptfinanzamt für Körperschaften nicht steuerbefreit sind.

C.

Als mildtätige und wissenschaftliche Einrichtungen im Sinne des § 10 Abs. 2 Ziff. 3 b EStG und des § 11 Abs. 2 KStG 1949 werden besonders anerkannt die in den anliegenden Listen (A und B) aufgeführten Einrichtungen im Bundesgebiet und Gross-Berlin (West).

D.

Verfahren beim Abzug von Spenden zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger, kirchlicher, religiöser und wissenschaftlicher Zwecke

(§ 10 Abs. 1 Ziff. 2 e und Abs. 2 Ziff. 3 b EStG, §§ 29, 33 EStDV, § 11 Abs. 1 Ziff. 5 und Abs. 2 a KStG, §§ 26, 27 KStDV)

1. Nach den o.a. Vorschriften müssen die Empfänger von Spenden der bezeichneten Art für jeden zugewendeten Betrag dem Spender eine Bestätigung erteilen. Zur Vereinfachung und Vereinheitlichung des Verfahrens werden hiermit Muster für die Bestätigung beigelegt. Anlage 1 (a und b) ist für den Fall bestimmt, dass der Empfänger eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine öffentliche Dienststelle ist; Anlage 2 (a und b) betrifft den Fall, dass der Empfänger zu den im § 4 Abs. 1 Ziff. 6 KStG genannten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen gehört. Die Muster enthalten die Angaben, die zur Nachprüfung der Berechtigung der Steuervergünstigungen unbedingt erforderlich sind.

Es ist zweckmässig, dass sich der Spender die Bescheinigungen in zwei Ausfertigungen ausstellen lässt. Die erste Ausfertigung ist zur Vorlage beim Finanzamt bestimmt; die zweite Ausfertigung verbleibt dem Spender.

Spender, die von den steuerlichen Vergünstigungen Gebrauch machen wollen, sind aufzufordern, dem Finanzamt Bestätigung-

gen der Empfänger nach den Mustern 1 und 2 vorzulegen.

2. Ist der Empfänger weder eine Körperschaft des öffentlichen Rechts noch eine öffentliche Dienststelle, so muss er, wenn die Abzugsfähigkeit beim Spender gegeben sein soll, zu den Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen nach § 4 Abs. 1 Ziff. 6 KStG gehören. Ob die Voraussetzungen dieser Vorschrift erfüllt sind, wird bei den Wohnungs- und Siedlungsunternehmen (§ 9 KStDV 1949) in einem besonderen Anerkennungsverfahren, in allen anderen Fällen durch das Finanzamt im Körperschaftsteuer-Veranlagungsverfahren geprüft und durch Körperschaftsteuer- (Freistellungs-) bescheid festgestellt. Ein Empfänger von Zuwendungen gehört deshalb dann zu den im § 4 Abs. 1 Ziff. 6 KStG bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen, wenn er nach dem letzten ihm vorliegenden Körperschaftsteuer- (Freistellungs-) bescheid nach § 4 Abs. 1 Ziff. 6 KStG von der Körperschaftsteuer persönlich befreit ist. Liegt ein Steuerbescheid oder Freistellungsbescheid nicht vor (z.B. bei neu gegründeten Körperschaften), so kann die Körperschaft bei ihrem zuständigen Finanzamt eine Bescheinigung nach Art des als Anlage 3 beigelegten Musters beantragen. Diese Bescheinigung gilt solange, bis erstmalig ein Steuerbescheid bzw. Freistellungsbescheid ergeht.
3. Die Finanzämter entscheiden im Rahmen des Veranlagungsverfahrens, ob sie die oben unter A bezeichneten Voraussetzungen für einen Abzug der geltend gemachten Ausgaben zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger, kirchlicher, religiöser und wissenschaftlicher Zwecke als gegeben ansehen. Gegen diese Entscheidung ist im Rahmen des Einspruchs gegen den Einkommensteuer- oder Körperschaftsteuerbescheid das ordentliche Rechtsmittelverfahren gegeben.

Die lohnsteuerliche Behandlung dieser Ausgaben ergibt sich aus unserer Rundverfügung Nr. 533/49 vom 17.12.1949 - S 2000-1/49. Grundsätzlich muss an der Bestimmung des § 20 EStDV 49 festgehalten werden, dass die im laufenden Jahr in Aussicht genommenen Spenden (Sonderausgaben) entweder nachgewiesen oder zumindest glaubhaft gemacht werden. Unterlagen für die Glaubhaftmachung werden den Antragstellern in diesen Fällen nicht

oder nur in nicht ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Deshalb wird in der Regel verlangt werden müssen, dass der Antragsteller mit dem in Frage kommenden Empfänger der Spenden eine feste vertragliche Bindung über die im laufenden Kalenderjahr zu zahlenden Spenden eingeht oder dass er mindestens einen angemessenen Betrag bereits entrichtet hat, durch dessen Zahlung darauf geschlossen werden kann, dass er auch den beantragten Betrag im Laufe des Jahres zahlen wird. In derartigen Fällen wird aber das Finanzamt zweckmäßigerweise die Eintragung zunächst auf ein Vierteljahr oder ggf. auf ein halbes Jahr befristen, um nachprüfen zu können, ob und welche Beträge inzwischen gespendet sind, bevor es einen weiteren Freibetrag für das ganze Jahr zulässt.

Dr. H a a s

V e r z e i c h n i s

der besonders anerkannten wissenschaftlichen und mildtätigen Einrichtungen in der Bundesrepublik.

I. Wissenschaftliche Einrichtungen

1. Sämtliche Forschungsinstitute der Universitäten
2. Sämtliche Forschungsinstitute der technischen, tierärztlichen und landwirtschaftlichen Hochschulen und der Bergakademie Clausthal
3. Hochschulvereinigungen und sonstige Vereinigungen zur Förderung der Forschungsinstitute der Universitäten, der technischen, tierärztlichen und landwirtschaftlichen Hochschulen und der Bergakademie Clausthal
4. Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Göttingen, und deren wissenschaftliche Institute
5. Kaiser-Wilhelm-Institute im Lande Württemberg-Hohenzollern
6. Agrar-soziale Gesellschaft, Göttingen
7. Akademie der Wissenschaften, Göttingen
8. Akademie der Wissenschaften, Heidelberg
9. Akademie der Wissenschaften, Mainz
10. Akademie der Wissenschaften, München
11. Amt für Bodenforschung, Hannover
12. Amt für Landeskunde, Landshut (Bayern)
13. Badische forstliche Versuchsanstalt, Freiburg
14. Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft, Bernkastel
15. Biologische Zentralanstalt für Land- und Forstwirtschaft Braunschweig-Gliesmarode
16. Bischöfliches Zentralinstitut für Ordensschulen, Köln
17. Deutsche Bibliothek (Börsenverein deutscher Buchhändler) e.V., Frankfurt (Main)
18. Deutsches Forschungsinstitut für Textilindustrie, Reutlingen
19. Deutsches Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik, München
20. Deutsche Schillergesellschaft e.V., Stuttgart
21. Deutscher Normenausschuss, Erfeld-Urdingen

22. Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, Frankfurt/Main
23. Deutscher Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine, Düsseldorf
24. Europäische Akademie e.V., Schlüchtern
25. Flußwasseruntersuchungsamt, Hildesheim
26. a) Forschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung
b) Kältetechnisches Institut, Karlsruhe
27. Forschungs- und Beratungsinstitut für Höhenlandwirtschaft Donaueschingen
28. Forschungsinstitut für Rebenzüchtung, Geilweilerhof (Pfalz)
29. Forschungsinstitut für Wasserbau und Wasserkraft e.V., Obernach
30. Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung, München
31. Freiburger Wissenschaftliche Gesellschaft, Freiburg
32. Freies Deutsches Hochstift (Goethe-Museum), Frankfurt (Main)
33. Göttinger Arbeitskreis e.V., Göttingen
34. Institut für Fettforschung Münster (Westf.)
35. Institut "Finanzen und Steuern", Frankfurt (Main)
36. Institut für Eramesung, Bamberg
37. Institut für Erdölforchung, Hannover
38. Institut für Seentforschung und Seenbewirtschaftung, Langenargen
39. Institut für Textilchemie, Badenweiler
40. Institut für Wirtschaftsforschung, München
41. Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie, Mainz
42. Kautschuk-Institut, Hannover
43. Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft, Gießen
44. Landesanstalt für Moorwirtschaft, München
45. Landwirtschaftliche Forschungsanstalt, Braunschweig-Völkenrode
46. Lehr- und Versuchsanstalt für Grünlandwirtschaft und Futterbau, Wehrda (Kreis Hanfeld)
47. Lehr- und Versuchsanstalt für Wein-, Obst- und Gemüsebau, Heisenheim (Rhein)
48. Marburger Blinden-Studienanstalt, Marburg
49. Museum für Natur-, Völker- und Handelskunde, Bremen
50. Museum für Völkerkunde, Hamburg
51. Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Bad Godesberg
52. Obstbauversuchsanstalt, York (altes Land)
53. Physikalisch-Technische Anstalt, Braunschweig-Völkenrode

54.

54. Rationalisierungsausschuss der deutschen Wirtschaft, München
55. Rheinisch-Westfälisches Institut für praktische Wirtschaftsforschung, Essen
56. Silikoseforschungsinstitut der Bergbau-Berufsgenossenschaft Bochum
57. Soziales Landesmuseum (Institut für Arbeitsschutz), München
58. Staatliche Moorversuchsanstalt, Bremen
59. Staatliches Tabak-Forschungsinstitut, Forchheim bei Karlsruhe
60. Staatliche Milchwirtschaftliche Lehr- und Forschungsanstalt, Wangen
61. Staatliche Weinbau-Versuchsanstalt, Weinsberg
62. Staatliche Versuchs- und Forschungsanstalt für Weinbau und Weinbehandlung, Freiburg
63. Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Frankfurt/Main
64. Studiengemeinschaft der Evangelischen Akademien, Bad Boll bzw. Stuttgart
65. Süddeutsche Versuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft, Weihenstephan
66. Technische Zentralstelle der deutschen Forstwirtschaft, Hamburg
67. Textilwirtschaftliches Forschungsinstitut, Krefeld
68. Vereinigte Institute für Wärmetechnik, Essen
69. Versuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft, Kiel
70. Versuchsgrubengesellschaft mbH., Tremonia, Dortmund
71. Wissenschaftliche Gesellschaft an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt/Main
72. Zentralanstalt für Fischerei, Hamburg
73. Zentralanstalt für Getreideverarbeitung, Detmold
74. Zentralforschungsanstalt für Fleischwirtschaft, Kulmbach
75. Zentralforschungsanstalt für Kleintierzucht, Celle
76. Zentralinstitut für Arbeitsschutz, Soest
77. Zentralinstitut für Forst- und Holzwirtschaft, Reinbeck bei Hamburg
78. Zentralinstitut für Kunstgeschichte, München
79. Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose in der britischen Zone, Hannover

II.

II. Mildtätige Einrichtungen

(soweit die einzelnen Einrichtungen und Anstalten von dem zuständigen Finanzamt als mildtätig anerkannt sind).

80. Bayerisches Hilfswerk, München
81. Centrelausschuss für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche, Bethel bei Bielefeld, mit seinen Unterverbänden und den angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten
82. Deutscher Caritas-Verband e.V., Freiburg, mit seinen Unterverbänden und den angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten
83. Deutsche Hilfgemeinschaft, Hamburg
84. Deutsches Rotes Kreuz, z.Z. Oberursel bei Frankfurt/Main mit seinen Unterverbänden und den angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten
85. Flüchtlingshilfe e.V., Karlsruhe-Darlach
86. Gustav-Werner-Stiftung "Zum Bruderhaus", Reutlingen
87. Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt, Hannover, mit seinen Unterverbänden und den angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten
88. Heilsarmee
89. Hilfgemeinschaft Schleswig-Holstein (Notgemeinschaft), Kiel
90. Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Stuttgart, mit den Hilfswerken der angeschlossenen Landes- und Freikirchen und ihren Untergliederungen
91. Hilfswerk Ludwigshafen
92. Hilfswerk Prüm
93. Jüdische Gemeinden im Bundesgebiet
94. Paritätischer Wohlfahrtsverband, Frankfurt/Main, mit seinen Unterverbänden und den angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten
95. Sozialhilfe der deutschen Wirtschaft, Stuttgart

Liste B

V e r z e i c h n i s

der besonders anerkannten wissenschaftlichen und mildtätigen Einrichtungen in West-Berlin.

- - - -

I. Wissenschaftliche Einrichtungen.

1. Sämtliche Forschungsinstitute der technischen Universität, der Freien Universität und der wissenschaftlichen Hochschulen von West-Berlin einschl. der Hochschule für bildende Künste, der Hochschule für Musik, der Pädagogischen Hochschule und der Hochschule für Politik.
2. Akademie für Künste, Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstr.33
3. Archiv für Wohlfahrtspflege, Berlin-Wilmersdorf, Mannheimer Strasse 32
4. Berliner Hauptarchiv, Berlin-Dahlem, Archivstr.11/15
5. Biologische Zentralanstalt, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str.15/19
6. Botanischer Garten und Museum, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 6/8
7. Deutsche Forschungshochschule, Berlin-Dahlem, Vant-Hoff-Str.9
8. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6
9. Ehemals staatl. Museen, dazu gehören:
 - a) Gemälde- und Skulpturenabteilung, Berlin-Charlottenburg, Luisenplatz
 - b) Kunstabibliothek, Berlin-Dahlem, Arnim-Allee 23a
 - c) Museum für Völkerkunde, Berlin-Dahlem, Fabeckstr.20
 - d) Museum für Vor- und Frühgeschichte, Berlin SW 11, Stresemannstr. 110 und Prinz-Albrechtstrasse 7
 - e) Gipsformerei der ehemals staatl. Museen, Berlin-Charlottenburg, Sophie-Charlottenstrasse 17/18
10. Forschungsgruppe Dahlem, Berlin-Dahlem, Faraday-Weg 4/6
11. Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Landesverband Berlin mit dem vorl. Sitz im Gesundheitsamt, Berlin NW 40, Invalidenstrasse 52
12. Hochschulinstitut für Wirtschaftskunde, Berlin-Charlottenburg, Kurfürstendamm 68
13. Institut für Acker- und Pflanzenbau, Berlin-Dahlem, Albrecht-Thaer-Weg 2
14. Institut für biologische Forschungen und Pflanzenschutzamt, Berlin-Zehlendorf, Altkircher Strasse 1-3

15. Institut für Blumen- und Zierpflanzenbau, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Strasse 22
16. Institut für angewandte Botanik, Berlin-Dahlem, Hüttenweg 15
17. Institut für vergl. Erbbiologie und Erbpathologie, Berlin-Dahlem, Faradayweg 4/6
18. Institut für Ernährung und Verpflegungswissenschaft, Berlin-Dahlem, Thielallee 69-73
19. Institut für Gartenkunst und Landschaftsgestaltung, Berlin-Dahlem, Albrecht Thaer-Weg 1
20. Institut für Landwirtschaftliche Betriebslehre, Berlin-Dahlem, Im Dol 27/29
21. Institut für Lebensmittel-, Arzneimittel- und gerichtliche Chemie des Landesgesundheitsamtes Berlin, Berlin-Charlottenburg 5, Kantstrasse 79
22. Institut für Obstbau, Berlin-Dahlem, Königin-Luisestr. 22
23. Institut für Pflanzenernährung, Bodenchemie und Biologie, Berlin-Dahlem, Lentze-Allee 55/57
24. Institut für Psychotherapie, Berlin-Charlottenburg, Kästrinerstrasse 14
25. Institut für Tierzüchtung und Haustiergenetik, Berlin-Dahlem, Lentze-Allee 75
26. Institut für Vererbungs- und Züchtungsforschung, Berlin-Dahlem, Albrecht Thaer-Weg 4
27. Institut für Volkswirtschaftslehre und Agrarwesen, Berlin-Dahlem, Im Dol 27/29
28. Kaiser-Wilhelm-Institut für Zellphysiologie, Berlin-Dahlem, Thielallee 69
29. Latein-Amerikanische Bibliothek, Berlin-Lankwitz, Gärtnerstr. 25/32
30. Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Strasse 22
31. Pharmakologisches Institut der Freien Universität, Berlin-Dahlem, Garystrasse 9
32. Physikalisch-Technische Reichsanstalt, Berlin-Charlottenburg, Werner-Siemensstrasse 8/12
33. Robert Koch-Institut für Hygiene und Infektionskrankheiten -Hygienische Abteilungen-, Berlin-Dahlem, Corrensplatz 1, mit seinen in Westberlin gelegenen Abteilungen
34. Theaterwissenschaftliche Sammlung, Berlin-Charlottenburg, Grolmannstrasse 70/72

35.

35. Versuchs- und Forschungsanstalt für Gartenbau, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Strasse 22

36. Wissenschaftliche Zentralbibliothek, Berlin-Dahlem, Archivstrasse 11/15

II. Mildtätige Einrichtungen.

37. Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW 68, Möckernstrasse 69
38. Caritas Verband für Berlin- Berlin-Wilmersdorf, Düsseldorfer Strasse 13 mit seinen Unterverbänden und den angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten
39. Hilfswerk Berlin - Geschäftsstelle Aktionsausschuss -, Berlin-Dahlem, Corrensplatz 2
40. Hilfswerk Berlin - Geschäftsstelle - Frankfurt/Main, Braubachstrasse 30/32
41. Hilfswerk Berlin- Hauptgeschäftsstelle Hannover-, Hannover, Neues Rathaus
42. Hilfswerk Berlin - Präsidium -, Stuttgart, Mörickestr. 20
43. Hilfswerk der Ev. Kirchen in Deutschland, Berlin-Zehlendorf, Teltower Damm 93 sowie etwaige Hilfswerke der Freikirchen in Westberlin
44. Rotes Kreuz für Berlin -Hauptverwaltung-, Berlin-Zehlendorf, Berliner Strasse 11 mit seinen Unterverbänden und den angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten
45. Unionhelfswerk, Berlin-Charlottenburg, Claus-Groth-str. 3
46. Zentralkomitee für die Innere Mission der dt. ev. Kirche, Berlin-Dahlem, Reichensteiner Weg 24 mit seinen Unterverbänden und den angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten
47. Jüdische Gemeinde in Westberlin

Bestätigung
über Zuwendungen an Körperschaften des öffentlichen Rechts oder
öffentliche Dienststellen

1. Ausfertigung

(zur Vorlage beim Finanzamt bestimmt) +)

(1)
(Name und Wohnort des Spenders)

hat am 19..... der/dem

.....
(Bezeichnung der Körperschaft des öffentlichen Rechts
oder der öffentlichen Dienststelle)

den Betrag von DM

(wörtlich: DM)

zugewendet. Der Betrag ist in Höhe von DM geleistet.

(2) Wir bestätigen,

a) dass wir den uns zugewendeten Betrag nur zu folgendem Zweck
verwenden werden:

.....
(genaue Bezeichnung des Zwecks)

b) (bei gemeinnützigen Zwecken)

dass der genannte gemeinnützige Zweck unter Ziffer
der Liste der allgemein als besonders förderungswürdig an-
erkannten gemeinnützigen Zwecke fällt (Rdvfg. des Magistrats
(Finanzabteilung) von Gross-Berlin vom 31 August 1950 -
LFA - St II 2 - S 1291-)

c) (bei Spenden an wissenschaftliche und mildtätige Einrich-
tungen)

dass wir in der Liste der besonders anerkannten wissenschaft-
lichen und mildtätigen Einrichtungen unter Nr.
aufgeführt sind (Rdvfg. des Magistrats (Finanzabteilung)
von Gross-Berlin vom 31. August 1950 - LFA - St II, 2 S 1291).

.....
(Ort und Datum der Ausstellung)

.....
(Unterschrift des Empfängers
der Zuwendung)

+) Bei der sonst gleichen 2. Ausfertigung
(Muster 1 (b)) lautet diese Zeile:
"(verbleibt dem Spender)".

Muster 2 (a)

Bestätigung
Über Zuwendungen an eine der in § 4 Abs. 1 Ziffer 6 KStG
bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder
Vermögensmassen

1. Ausfertigung
(zur Vorlage beim Finanzamt bestimmt) +)

(1)
(Name und Wohnort des Spenders)

hat am 19..... der/dem

.....
(Bezeichnung der Körperschaft, Personenvereinigung oder
Vermögensmasse)

den Betrag von DM

(wörtlich:DM)

zugewendet. Der Betrag ist in Höhe vonDM
geleistet.

(2) Wir sind

a) nach dem letzten uns zugestellten Steuerbescheid/
Freistellungsbescheid des Finanzamts
.....vom

Steuer-Nr. gemäss § 4 Abs. 1 Ziff. 6 KStG
von der Körperschaftsteuer befreit

b) durch die Bescheinigung des Finanzamts
.....vom

Steuer-Nr. vorläufig als zu den in § 4
Abs. 1 Ziffer 6 KStG bezeichneten Körperschaften, Per-
sonenvereinigungen oder Vermögensmassen gehörig aner-
kannt worden.

(3) Wir bestätigen,

(a) dass wir den uns zugewendeten Betrag nur zu folgendem,
satzungsmässigen Zweck verwenden werden:

.....

.....
(genaue Bezeichnung des Zwecks)

(b)

(b) (bei gemeinnützigen Zwecken)
dass der genannte gemeinnützige Zweck unter Ziffer.....
der Liste der allgemein als besonders förderungswürdig
anerkannten gemeinnützigen Zwecke fällt (Rundverfügung
des Magistrats (Finanzabteilung) von Gross-Berlin vom
31.8.1950 -LFA - St II, 2 S 1291)

(c) (bei Spenden an wissenschaftliche und mildtätige Ein-
richtungen)
dass wir in der Liste der besonders anerkannten wissen-
schaftlichen und mildtätigen Einrichtungen unter...
Nr.....aufgeführt sind (Rundverf. des Magi-
strats (Finanzabteilung von Gross-Berlin vom 31.8.1950
-LFA - St II, 2 S 1291 -).

.....
(Ort und Datum der Ausstellung)

.....
(Unterschrift des Empfängers
der Zuwendung)

+) Bei der sonst gleichen 2. Ausfertigung (Muster 2 (b))
lautet diese Zeile: "(verbleibt dem Spender)".

Finanzamt

..... (Ort) (Datum)

B e s c h e i n i g u n g

Es wird hierdurch bescheinigt, dass

..... (Bezeichnung und Anschrift der Körperschaft)

nach der eingereichten Satzung ausschliesslich und unmittelbar gemeinnützigen / mildtätigen / kirchlichen Zwecken dient und somit zu den in § 4 Abs. 1 Ziffer 6 KStG bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen gehört.

Diese Bescheinigung ist widerruflich und wird ausschliesslich zur Beurteilung der Abzugsfähigkeit von an die bezeichnete Körperschaft geleisteten Ausgaben zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger, kirchlicher, religiöser oder wissenschaftlicher Zwecke erteilt.

Für die Besteuerung der Körperschaft stellt die Bescheinigung keine endgültige Entscheidung dar. Über die Steuerbefreiung der Körperschaft nach § 4 Abs. 1 Ziffer 6 KStG wird jeweils im Rahmen der Körperschaftsteuerveranlagung entschieden.

Diese Bescheinigung verliert ihre Gültigkeit, sobald ein Körperschaftsteuerbescheid bzw. ein Freistellungsbescheid für die bezeichnete Körperschaft ergangen ist. Sie gilt längstens 12 Monate vom Ausstellungsdatum ab gerechnet.

..... (Unterschrift)

..... (Dienstsiegel)

Der Kunstbedingungen!

Handelt nicht wettbewerbsfähig

Dieser Fall mag für viele stehen: Im Frühjahr 1948 erhielt der Autor eines bekannten Werkes über Goethe und seine Wahlheimat Weimar von seinem Verleger eine Summe von 3333 RM, die als Vorschuss auf eine im Goethe-Jahr 1949 geplante neue Auflage des bereits vor 1933 erschienenen Buches gedacht war. Die Neuauflage sollte zu Weihnachten 1948, spätestens jedoch Ostern 1949 vorliegen. Infolge verschiedener widriger Umstände verzögerte sich die Fertigstellung des Buches bis in den Herbst 1949 hinein; es konnte erst erscheinen, als die Goethe-Feiern vorüber und die Bücherkäufer mit Goethe-Literatur übersättigt waren. Aus diesem Grunde sind von der auf 10.000 Exemplare bemessenen Auflage bis zum 31. Dezember 1949 nur ganze 71 (!) Exemplare verkauft worden. Der Verlag wird das Buch in der Ostzone vertreiben oder „verramschen“ müssen. Daraus ergibt sich, daß es niemals ein DM-Honorar abwerfen wird.

Dieses Schicksal der Neuauflage ist um so bedauerlicher, als es sich bei dem Werk um einen wirklich wertvollen Beitrag zur Goethe-Literatur und zum anderen ohnehin um das Musterbeispiel eines literarischen Verlustgeschäftes handelt: denn als es 1932 zum Goethe-Jubiläum erstmalig erschien, trug es dem Autor auch nur ein bescheidenes Honorar von 1400 RM ein, das nicht einmal ausreichte, um die Summen zu decken, die ausgegeben werden mußten, damit das Buch überhaupt entstehen konnte. Der Autor brauchte sehr viel einschlägige Literatur, er unternahm von 1916 bis 1930 insgesamt fünfzehn Reisen von Darmstadt, seinem damaligen Wohnsitz, nach Weimar, und es entstanden ihm dabei jedesmal nicht geringe Unkosten durch mehrtägigen Hotelaufenthalt. Und was die

Dem Umfange modernisierungsbedürftig sind.

Vergewenwärtigt man sich, daß die Baumwollwebereien in Europa und Übersee fast ausnahmslos automatisiert sind und sich in Westdeutschland der entsprechende Hundertsatz noch nicht auf 20 beläuft, dann wird jedem einleuchten, wie es mit dieser überaus wichtigen Sparte der rheinisch-westfälischen Wirtschaft demnächst bestellt sein wird, wenn nicht bald spürbare Abhilfe geschaffen wird. Die Baumwollweberei des rheinisch-westfälischen Raumes ist bei der Kreditaktion aus ERP-Mitteln und bei der Verplanung der Mittel aus dem Regierungsprogramm kaum oder überhaupt nicht berücksichtigt worden. Dabei handelt es sich um eine Industriesparte, die als durchaus arbeitsintensiv angesprochen werden muß. Ihre Versorgung mit Krediten würde nicht nur zu einer dauerhaften Milderung der Arbeitslosigkeit führen, sondern auch die einseitige Entwicklung der Liberalisierung durch Zunahme des Exports ausgleichen.

Die Zukunft sieht für einen großen Teil der Baumwollwebereien nicht rosig aus. Es scheint daher an der Zeit, mit allem Nachdruck Mittel für die Modernisierung der Baumwollwebereien zu fordern, um sie auf einen wettbewerbsfähigen Stand zu bringen.

Dr. Hans Löffers, Bocholt

Stückzoll

— Bisherige Belastung bleibt

richtigerstatter

gewiesen ist, wird kein oder nur ein sehr geringer Zoll erhoben. Halbfabrikate dagegen, die auch im Inland in ausreichendem Maße hergestellt werden, sollen mit einem 15prozentigen und Fertigprodukte, die im Inland hergestellt werden können, mit einem 20- bis 25prozentigen Zoll belastet werden. Der höchste

1036 N
aus Gegen

Aus Gegenwerten deutschen Wirtschaft Mill. DM zur Verteilung wie das ERP-Ministerium

Die Freigabe von Mill. DM hat sich von Ministerien auf Grundsatz am 2. Februar noch einmal genaue Unterlegen über die Verteilung werden die deutschen nächsten Tagen bei Vorschlag an den Beileiten.

Deutsch-argentin

Frank

Beamte der Mark (ECA) erklärten, die Zunahme des Handels zwischen den beiden Ländern wird wahrscheinlich wenn die beiden Regierungen abschließen vernünftigen Grenze

Prinzipiell setzten Staaten aber nach der Zunahme des Handels wöbel Zahlungen harter Währung gel

Nach den Zahlen liegen, hat sich der Handel in letzter Zeit im Januar und Februar halten die deutschen einen Wert während die Bundeszeitraum Waren im Dollar nach Argentin wohl somit die Außenhandelsbilanz beträchtliches Defizit das Bild doch seit v. günstigen Seite von Halbjahr 1949 im republik Waren im Dollar aus Argentin Wert ihrer Ausfuhr

MARKTE

Hannover. — Flugverbindungen zu Technischen Messe. Zur Technischen Messe wird Hannover von drei ausländischen Luftverkehrsgesellschaften angefliegen. Das Flugzeug Stockholm—Kopenhagen—Zürich landet am 2. 6. und 10. Mai aus beiden Richtungen in Hannover. Die KLM fliegt am 4. 6. 8. 10 und 13. Mai auf der Strecke Amsterdam—Hannover. Der Schweizer Air befliegt am 3. 4. 9 und 12. 13. Mai die Strecke Zürich—Stuttgart—Frankfurt—Hannover.

wurden seien. Ländern der Ostzone „sicherzustellen“ Eisen sowie 3500 t Buntmetalle in allen ersten Quartal 1950 60.000 t Stahl und gleichzeitig bekanntgegeben, daß im wirtschaftlichen entgegenwirken Es wurde schätzten Stahlmangel in der Ostzone geschaffen werden, um dem sich vermehren soll eine „eisernen Reserve“ geben. Mit Hilfe der neuen Erlassungsmassnahmen in Potsdam angekündigt. Tagung der Vertreter aller Wirtschaften für innerdeutschen Handel auf einer Ostzone werden durch das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen und

27.6.48
Drucklegung, d. 14. April 1948

Der Künstler unter der Steuerschraube

Handelt das Finanzamt korrekt? / Von Theodor Müller-Alfeld

Der Fall mag für viele stehen: Im Frühjahr 1948 erhielt der Autor eines bekannten Werkes über Goethe und seine Wahlheimat Weimar von seinem Verleger eine Summe von 3333 RM, die als Vorschuß auf eine im Goethe-Jahr 1949 geplante neue Auflage des bereits vor 1933 erschienenen Buches gedacht war. Die Neuauflage sollte zu Weihnachten 1948, spätestens jedoch Ostern 1949 vorliegen. Infolge verschiedener widriger Umstände verzögerte sich die Fertigstellung des Buches bis in den Herbst 1949 hinein; es konnte erst erscheinen, als die Goethe-Festtage vorüber und die Bücherkäufer mit Goethe-Literatur übersättigt waren. Aus diesem Grunde sind von der auf 10.000 Exemplare bemessenen Auflage bis zum 31. Dezember 1949 nur ganze 71 (!) Exemplare verkauft worden. Der Verlag wird das Buch in der Ostzone vertreiben oder „verramschen“ müssen. Daraus ergibt sich, daß es niemals ein DM-Honorar abwerfen wird.

Dieses Schicksal der Neuauflage ist um so bedauerlicher, als es sich bei dem Werk um einen wirklich wertvollen Beitrag zur Goethe-Literatur und zum anderen ohnehin um das Musterbeispiel eines literarischen Verlustgeschäftes handelt, denn als es 1932 zum Goethe-Jubiläum erstmalig erschien, trug es dem Autor auch nur ein bescheidenes Honorar von 1400 RM ein, das nicht einmal ausreichte, um die Summen zu decken, die aus gegeben werden mußten, damit das Buch überhaupt entstehen konnte. Der Autor übernahm von 1916 bis 1930 insgesamt fünfzehn Reisen von Darmstadt, seinem damaligen Wohnsitz, nach Weimar, und es entstanden ihm dabei jedesmal nicht geringe Unkosten durch mehrwöchigen Hotelaufenthalt. Und was im Frühjahr 1948 als Vorauszahlung erhielt, das weiß ein jeder von uns aus eigener Erfahrung. Man kann heute ruhig darüber sprechen: der Verfasser war damals schwer erkrankt, und seine Frau benutzte das Geld, um ein paar Pfund Fett und einige andere Stärkungsmittel (schwarz!) zu beschaffen.

Bis hierhin ist unser Bericht tragisch: von jetzt ab erhält er den Charakter einer schauerlichen Groteske: dem Verfasser haben die paar Kilo Fettigkeiten nicht mehr helfen können — gegen Ende des Jahres 1949 starb er. Unter den zahlreichen Beileidsbriefen, die die Gattin des in weiten Kreisen hochgeschätzten Mannes erhielt — auch sie ist eine bekannte Autorin —, befand sich auch ein Schreiben des Finanzamtes, besser gesagt ein Steuerbescheid für die erste Hälfte des Jahres 1948, aus dem sich ergibt, daß der Verstorbene Honorar von seiner Pension geschlagene Honorar von 3333 RM die Kleinigkeit von 184 DM an Steuern nachzahlen habe, das sind 60 vH des ganzen Honorars!

Der Antrag der Witwe, die Steuer-schuld niederzuschlagen, wurde abgelehnt, und zwar mit einer Begründung, die es verdient, wörtlich wiedergegeben zu werden. Es heißt in dem abschlägigen Bescheid des Finanzamtes:

„Eine Niederschlagung der geschuldeten Einkommensteuer kann mit Rücksicht auf die gleichmäßige Besteuerung aller Steuerpflichtigen nicht erfolgen. Um Weiterungen zu vermeiden, empfehle ich Ihnen, den geschuldeten Betrag bei der Finanzkasse einzuzahlen.“ Was hier mit dürren Worten kundgegeben wird, ist bei Licht betrachtet, eine Ungerechtigkeit und muß jedem gerecht denkenden Menschen die Zornröhre auf die Stirn treiben. Das Finanzamt, also der nach dem Goldbeutel des einzelnen greifende Arm des Staates, erweist sich in diesem Falle als ein unbarmherziger, kaltblütig auf seinen alleinigen Vorteil bedachter Gläubiger. Bei der Eintreibung „seiner“ Gelder wendet er Mittel an, die man, gelinde gesagt, als Verstoß gegen die guten Sitten bezeichnen muß. Wenn nämlich das Finanzamt korrekt handeln würde, hätte es die 3333 RM als einen später, d. h. nach Vorliegen des fertigen Buches oder der Abrechnung des Verleges, steuerlich zu erlassenden Vor-schuß behandeln müssen. Zum mindesten jedoch hätte es seine Rechnung nach menschlichen und logischen Gesichtspunkten so aufmachen müssen: 3333 RM abzüglich der 10prozentigen Pauschale für freiberuflich Schaffende gleich 3000

Autor aber verlangt man auf Grund eines solchen Darlehens zur Einkommensteuer. Gleichmäßige Besteuerung?

Und dann das andere! Jeder Geschäftsmann hat die Möglichkeit, gewisse für das Zustandekommen seiner Geschäfte unerlässliche Ausgaben als Geschäftskosten zu buchen. Es ist kein Geheimnis, daß es wahre Meister in der Führung der Spesenkonten gibt, die sich nicht nur opulente Sekundärstücke, sondern auch ihre Luxusautos gleichsam von den Finanzämtern bezahlen lassen. Es gibt große und größte Firmen, bei denen die Privatentnahmen ungeheuer und die aber mit Verlust arbeiten und darum auf Jahre hinaus keinen Pfennig Steuer bezahlen. Auch Autoren haben häufig, wie das oben ausgeführte Beispiel zeigt, erhebliche (und zwar echte) Geschäftskosten bei den Vorarbeiten für ihre Werke; aber sie werden selten das Glück haben, ein Finanzamt zu finden, das solche Ausgaben anerkennt. Gleichmäßige Besteuerung aller Steuerpflichtigen? Einmal ist das eine Phrase, die von allen kundigen Theatern beachtet wird. Zum anderen aber verblüfft sich dahinter „das unumenschlichste aller Ungeheuer“, wie Nietzsche den modernen Staat genannt hat. Dieses Ungeheuer droht mit seinem Schematismus jeden wahren Individualismus zu zerstören und damit die Keimzellen des künstlerischen Schaffens überhaupt. Wir wünschen, es leibe nicht ein staatliches Mäzenatentum, denn das würde zumindest zu dem führen, was wir gerade hinter uns haben: zu einer öden Gleichschaltung, zu grauenhaften Vergewaltigungen und zu einer brutalen Abwürgung jeder aus innerem Drang schaffenden Künstlernatur. Zu fordern ist aber: von amtlicher Seite größeres Verständnis für den Wert des künstlerisch-schaffenden Menschen innerhalb der Gesellschaft, Berücksichtigung seines gegenwärtigen, besonderen Notstandes und Erleichterung seiner wirtschaftlichen Lage — durch eine vernünftige, einsichtsvolle Steuerpolitik.

Es gibt auch kaum soch Auftraggeber und Vorschüsse.

Das schlimmste aber: Wenn endlich das Werk unter Entbehrungen gestellt worden ist, wirft es in den seltensten Fällen schon bald darauf einen finanziellen Nutzen ab, denn es mangelt an der Nachfrage. Selbst bekannte und erfolgreiche Autoren sind heute auf der Suche nach Verlagen, die ihre Werke betreuen, über das künstlerische und erfolgreiche Schreiben hinaus. Ausbleiben der Käufer. Sogar das untergebrachte Manuskript ist noch kein Erfolg, denn mit der Drucklegung beginnen erst die Sorgen, weil es keineswegs sicher ist, daß es dem Autor anders geht als in dem oben geschilderten Fall, wo nach einem Vierteljahr von einer Zehntausenderauflage sage und schreibe 71 Exemplare verkauft waren. Und unter diesen unglückseligen Umständen wagt man von dem Prinzip der „gleichmäßigen Besteuerung aller Steuerpflichtigen“ zu sprechen? Ist es nicht eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit, ein in jahrelanger Arbeit sauer verdientes Autorenhonorar oder den Erlös aus einem Kunstwerk steuerlich genau so wie einen mühseligen Verdienst einer in wenigen Tagen getätigten Ost-West-Kompensation zu behandeln? Macht man sich überhaupt Gedanken darüber, daß Autorenvorschüsse schließlich nichts weiter sind als geborgte Gelder und daß der Autor vielfach dafür erst leisten muß? Jeder Geschäftsmann, der Schulden hat und Darlehen aufnimmt, zieht daraus steuerlichen Nutzen, den

Genau so — wirklich genau so? Wir werden das Gegenteil beweisen.

Das Buch eines Autors ist oft das Ergebnis mehrjähriger und gerade heute entbehrrer Arbeit, und die von selten des Finanzamts beliebte Frage: „Wovon haben Sie inzwischen gelebt?“ ist in diesem Falle eine Taktlosigkeit, denn es dürfte kaum jemanden geben, der nicht weiß, daß gerade heutigen-tags künstlerische Schöpfungen ernüchtert werden müssen. Das geht dem Maler, dem Bildhauer, dem Komponisten im allgemeinen nicht anders, denn es gibt heute keine Mäzene mehr, die in der Lage und willens sind, einem künstlerischen Talent die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Entfaltung und zu ruhigem, sorgenlosem Schaffen zu geben.

4
H. F. H. H. H. H.
Kunze, 1. 5. Mai 1944

Max Busse, Berlin-Friedenau:

Die im Tagesspiegel Nr. 98 unter „Vom Tage“ erschienene Notiz „Geschenke erhalten die Freundschaft“ verdient, allen Deutschen, denen die neugewonnene Demokratie in unserem Land am Herzen liegt, vor die Augen gehalten zu werden. In den wenigen Worten der Notiz dokumentiert sich eine Tatsache, die fast unglaublich klingt und doch leider wahr ist. Dort lasen wir, daß den hohen Behördenangestellten in der Ostzone die Steuer in Form einer „Prämie“ von ihrer Dienststelle erstattet wird. Die Öffentlichkeit erfuhr davon durch die Kritik des ehemaligen vierten Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung, Schleusener, im brandenburgischen Landtag. Wie verhält sich dieses Prämiensystem zum allgemeinen Lohnstop? Gilt der Lohnstop nur für den Arbeiter? Bei den „Prämien“ handelt es sich um recht bedeutende Beträge. In einem mir bekannten Fall erhält beispielsweise ein Angestellter mit einem Monatsgehalt von eintausend-fünfhundert Mark an Prämie 666 Mark, während er von seinem Gehalt 639,85 Mark Lohnsteuer zahlt. Von den etwa fünfundfünfzig Angestellten und Arbeitern der Dienststelle teilen sich die sieben Höchstbezahlten (nur diese werden bedacht) in insgesamt 2664 Mark monatlich. Davon müssen viele Leute über ein Jahr lang leben. Man darf auch nicht übersehen, daß derartige Geschenke den Schwarzen Markt beleben und so die Allgemeinheit doppelt schädigen. Und das alles mit dem Geld der Steuerzahler. Kann man es überhaupt noch Demokratie nennen, wenn eine kleine Oberschicht in solcher Weise bevorzugt wird? Es machen sich bei uns, wie das Beispiel zeigt, immer noch oder schon wieder Methoden bemerkbar, denen jeder Deutsche im Interesse der Demokratie entgegentreten sollte.

H 12

Auszahlungsanordnung

Rechnungsjahr 194

Verbuchungsstelle: Kap. Tit.

den

194

Festgestellte

Dem

In

Von

ist eine einmalige

R.H.

buchstäblich

gebührenfrei zu zahlen.

An die

Kasse

den

194

Betrag erhalten

Buchh.

In

Nr. 171 RO. Auszahlungsanordnung über eine einmalige Zuwendung. (Schleswig)
H. Johannesen Buchdruckerei, John. Ibbeken, Schleswig

Heiland

Akademie der Künste zu Berlin

J. Nr. 442/49/Bw.

An die
Abteilung Volksbildung
Berlin-Charlottenburg 2
Soorstr. 60

Betr.: Rundverf. gung Vbildg. Nr. 253
Besondere Anerkennung wissenschaftlicher oder miltär-
tiger Einrichtungen für Zwecke der Einkommen- und
Körperschaftsteuer

Bezug: Ihr Schreiben vom 20. 12. 1949 - Vbildg. I/1

Zu der obenbezeichneten Rundverf. gung erstatten wir
F e h l a n z e i g e .

Im Auftrage

Berlin-Charlottenburg 2
Grolmanstr. 70/72
Tel. 325061 - 25 -
23. Dezember 1949

ab durch H. 1949
am 23. 12. 1949
Bw.

22

Abteilung Volksbildung
-Vhildg. I/1-

Berlin-Charlottenburg, den 20.12.1949
Soerstrasse 50, Tel. 92 62 41/ 581

An
alle Dienststellen der Abteilung Volksbildung

Akademie der Künste-Berlin

24.12. * 27.12.1949

Ant.

Endverfügung Vhildg. Nr. 253

Betr.: Besondere Anerkennung wissenschaftlicher oder militätiger
Einrichtungen für Zwecke der Einkommen- und Körperschafts-
steuer.

Auf Grund des § 4 des Körperschaftsteuergesetzes können natürlichen
und juristischen Personen, die Zuwendungen an besonders anerkannte
wissenschaftliche oder gemeinnützige Einrichtungen leisten, gewisse
steuerliche Vergünstigungen bei der Veranlagung zur Körperschaft-,
Vermögens- und Gewerbesteuer gewährt werden.

Die vor 1945 zentral geführten Unterlagen über die Anerkennung be-
sonders förderungswerter gemeinnütziger oder militätiger Institutionen
sind durch Kriegseinwirkungen verloren gegangen. Wir bitten daher
um Mitteilung, ob bei Ihrer Dienststelle noch Aktenvorgänge liegen,
aus denen hervorgeht, dass Ihre Dienststelle bereits als steuerlich
begünstigt im vorstehenden Sinne anerkannt war bzw. nach dem Jahre
1945 anerkannt worden ist. Wegen unserer Dringlichkeit bitten
wir, unsere Anfrage umgehend zu beantworten. Fehlenssige ist erforder-
lich.

In Vertretung:

v. Philipsborn

Leitender Magistratsdirektor

Magistrat von Gross Berlin
Finanzabteilung
- Hauptgrundstücksamt -
HGrund 2 - 6102.

Berlin C 2, den 25. August 1948
Klosterstr. 64 III. Stock
Anruf: 51 07 11, App: 184

Akademie d. Künste Berlin

Nr 9276 * 14 SEP 1948

Anl.

An die Bezirksämter - Grund -
=====

Rundschreiben Nr. 42

- Betr.: A. Grundsteuer für ertragslose bebauten Grundstücke,
die bisher von der Grundsteuer befreit waren,
B. Grundsteuer für Grundstücke, die unter das Gesetz 52
(für die Westsektoren) oder unter die Befehle 124 u.
126 (für die Ostsektoren) fallen.

Zur Beseitigung von Zweifeln teilen wir mit:

Zu A.

Im Rundschreiben Nr. 193/48 des Landesfinanzamtes v. 5.7.48 an die Finanzämter wird darauf hingewiesen, dass nach den für 1948 geltenden GrBilR die Eigentümer der ertragslosen bebauten Grundstücke nicht mehr von der Grundsteuerzahlung befreit sind. Sie haben daher grundsätzlich die nach dem zuletzt festgesetzten Grundsteuermessbetrag sich ergebende Grundsteuer zu entrichten. Diese Grundsteuer kann bei den Grundstücken, deren Einheitswert nach dem Mindestwert von Grund und Boden festgesetzt ist, auf die Mindeststeuer gemäss Ziff. 8 d der GrBilR gesenkt werden. Wegen der durch die Währungsumstellung allgemein eingetretenen veränderten Verhältnisse auf dem Gebiete der geldwirtschaft wird bei diesen Grundstücken von der Erhebung der Mindeststeuer gemäss Ziff. 8 d GrBilR für das Vierteljahr April - Juni 1948 abgesehen. Bereits gezahlte Beträge werden jedoch grundsätzlich nicht erstattet oder verrechnet.

Zu B.

Nach Rundschreiben Nr. 46 der damaligen Generalsteuerrichtung vom 3.10.46 an die Finanzämter ist von den Militärregierungen angeordnet worden, dass für beschlagnahmte Grundstücke, die keinen Ertrag abwerfen, Grundsteuergabgaben nicht zu leisten sind, auch nicht aus den Einnahmen anderer, denselben Eigentümer gehörender Grundstücke. Nach dem obigen Rundschreiben Nr. 193/46 wird für solche Grundstücke auch die Mindeststeuer nicht erhoben.

Bei ehemaligen Reichs- und Staatsgrundstücken, die Ertrag haben, ist sofern sie vom Finanzamt für Liegenschaften (für die Westsektoren) oder der Gross-Berliner Grundstücksverwaltungs-AG. (für den Ostsektor) verwaltet werden, ein Sechstel der Mieteinnahmen des einzelnen Grundstücks als Grundsteuer zu zahlen. Kommen hierbei Mietgrundstücke in Betracht, bei denen die auf Grund des festgesetzten Steuermessbetrages errechnete Steuer niedriger ist als das Sechstel der Mieteinnahmen wird nur der niedrigere Betrag erhoben.

Für

Für ehemalige Reichs- und Staatsgrundstücke, die von Dienststellen der Körperschaft Gross-Berlin für öffentliche Zwecke genutzt werden, kommt eine Grundsteuer nicht zur Erhebung, wobei es ohne Einfluss ist, ob die nutzende Dienststelle eine Miete zu zahlen oder nur die laufenden Bewirtschaftungskosten zu übernehmen hat. Entscheidend ist lediglich, ob die Voraussetzungen nach § 4,1 des Reichsgrundsteuergesetzes (Eigentümer und Zweckbestimmung des Grundstücks müssen steuerbegünstigt sein) vorliegen. Werden diese Grundstücke ganz oder teilweise für nicht steuerbegünstigte Zwecke genutzt, (z.B. als Dienstwohnungen), so sind sie insoweit grundsteuerpflichtig. Von den hierbei erzielten Beträgen ist ein Sechstel als Grundsteuer abzuführen.

Im Auftrage
G o d e c k ,

Vbildg H 1

Abschrift zur Kenntnis im Hinblick auf die von dort genutzten ehemaligen Reichs- und Staatsgrundstücke.

Berlin, den 31. August 1948
Abteilung für Volksbildung
Im Auftrage:
T h u n i g

An die
Akademie der Künste

MAIRAT VON GROSS-BERLIN
Abteilung für Volksbildung
Berlin W 8, Mauerstraße 53

An die

Akademie der Künste

Berlin - Charlottenburg 2
Hardenbergstr. 33

Handwritten:
Joh.
Berlin, 1. Sept. 1948
H.

66

8
An Herrn H. 126
Pommern, 10. 10. 1946

Bekanntmachung

Kirchensteuer 1946

Für das Kirchensteuerjahr 1946 (1. April 1946 — 31. März 1947) ist mit Genehmigung der Alliierten Kommandantur die Kirchensteuer der Evangelischen Berlin auf

4 % der Einkommensteuer 1946 bzw. der im Kirchensteuerjahr 1946 fälligen Lohnsteuer

festgesetzt worden. Mindestens beträgt die Kirchensteuer 1 Rpf. pro Arbeitstag. Höchstens beträgt sie bei Angehörigen der Steuerklasse I 2 %, bei Angehörigen der Steuerklasse II 1,9 % des steuerpflichtigen Einkommens; bei Angehörigen der Steuerklasse III ermäßigt sich dieser Satz für jedes zu berücksichtigende Kind um weitere 0,1 % bis auf 1,5 % des steuerpflichtigen Einkommens. Die Kirchensteuer wird gleichzeitig mit der Einkommen- (Lohn-) Steuer erhoben.

Diejenigen Gemeindeglieder, die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer leisten, bitten wir, die entsprechenden Kirchensteuerbeträge selbst zu errechnen und gleichzeitig mit den Vorauszahlungen und der Abschlußzahlung auf die Einkommensteuer 1946 an die zuständige Finanzkasse zu zahlen.

Die Kirchensteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger ist von den Arbeitgebern wie die Lohnsteuer einzubehalten und mit dieser an die zuständige Finanzkasse abzuführen. Die seit dem 1. Juli 1946 bereits fällig gewordenen Kirchensteuerbeträge sind nachträglich einzubehalten. Eine Anleitung für die Durchführung des Kirchensteuerabzuges mit Tabellen, aus denen die auf die einzelnen Lohn- und Gehaltsbeträge entfallenden Lohnsteuer- und Kirchensteuerbeträge ersichtlich sind, ist bei den Finanzämtern erhältlich.

Bln.-Charlottenbg., den 9. Juli 1946

Berliner Stadtsynodalverband
Der Stadtsynodalausschuß
D. Dr. Dibelius

5722

Staatliche Hochschule
für bildende Künste

Charlottenburg, den 6. Januar 1941

63/04

Zwecks Beantragung der Verlängerung der Ausweise zum unentgeltlichen Besuch der staatlichen Museen und Schlösser im Deutschen Reich für das Jahr 1941 bitte ich Sie, innerhalb der nächsten 8 Tage Ihren alten Ausweis im Aufnahmebüro (Zimmer 16) abzuliefern und die Verlängerungsgebühr von 0,50 RM gleichzeitig zu entrichten.

Für diejenigen Herren, die noch nicht im Besitz eines derartigen Ausweises sind und einen solchen zu erhalten wünschen, ist die Einreichung eines Lichtbildes in der Größe 4 x 5 cm und die Zahlung einer Ausfertigungsgebühr von 1,-- RM im Zimmer 16 erforderlich.

Der kommissarische Direktor

Willy R. H. H. H.

Sicherungsverfilmung

Landesarchiv Berlin

Preußische Akademie der Künste

Band:

I /

133

- Ende -